

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▼](#)[RSS](#)[View this email in your browser](#)

RT-ZA Infos zu Zentralamerika

April 2024

1. Regional
2. Guatemala
3. Honduras
4. Nicaragua
5. El Salvador

Für den Newsletter anmelden? Feedback und Anregungen?

Gerne an: koordination@rt-za.de

1. Regional

Bericht: Das RTZA-Mitglied Amnesty International hat im April [seinen Bericht zur weltweiten Menschenrechtslage im Jahr 2023 veröffentlicht](#). Besorgniserregende Situationen in El Salvador, Nicaragua, Guatemala und Honduras [werden im Regionalkapitel Amerika 2023 des Berichts dargestellt](#). Im Unterkapitel über willkürliche Inhaftierungen und unfaire Gerichtsverfahren werden die über 73.000 Inhaftierungen im Rahmen des Ausnahmezustands betont. Laut dem Bericht, verstießen “die Mehrzahl dieser Inhaftierungen gegen das Recht auf ein ordnungsgemäßes Verfahren” und Gefangene wurden “häufig gefoltert oder anderweitig misshandelt”. Darüber hinaus wird sowohl in El Salvador als auch in Honduras vor der zunehmenden Militarisierung der

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▼](#)[RSS](#)

Zu Honduras wird auch das absolute Verbot der Schwangerschaftsabbrüche kritisiert, aber die Aufhebung des Verbots von Notfallverhütungsmitteln ("Pille danach") als positiver Schritt betrachtet. Im Unterkapitel über Rechte auf Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit werden die Schließung von über 3.000 NRO und besonders die Schließungen des Roten Kreuz und der Zentralamerikanischen Universität (UCA) als dramatische Verringerung des zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraums dargestellt. Im Unterkapitel zu LGBTQI-Rechten wird betont, dass mindestens 34 Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität in Guatemala getötet wurden.

Klimakrise: Die Waldbrände in Mittelamerika [haben im Vergleich zum gleichen Zeitraum im Jahr 2023 erheblich zugenommen](#). Das Europäische Amt für humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz [hat eine Karte veröffentlicht](#), die eine schwere Waldbrandkrise darstellt, besonders akut in vielen geschützten Naturgebieten. In Nicaragua wurden zwischen dem 1. Januar und dem 9. April 2024 289.709 Hektar durch mehr als 10.000 Brände verwüstet, [die höchste Zahl in Mittelamerika](#). In Guatemala wurden nach Angaben des Nationalen Koordinators für Katastrophenschutz (CONRED) im Jahr 2024 [bisher 721 Waldbrände registriert](#), was fast 74 % der Brände des gesamten letzten Jahres entspricht.

Hybride Buchvorstellung in Wuppertal: Am 8. Mai um 18 Uhr wird [in der Bergischen Universität Wuppertal das Buch "Central American Migrations in the Twenty-First Century" vorgestellt](#). Der Sammelband stellt das Phänomen der aktuellen Migration aus Mittelamerika durch einen Dialog zwischen Geistes- und Sozialwissenschaften dar. Themen sind Zwangsmigration, Abschiebung und Auslagerung, die Rolle der sozialen Medien und die Darstellung menschlicher Mobilität in Performance, Film und Literatur. Die hybride Buchvorstellung kann auch online live verfolgt werden, und zwar [über den Facebook-Account der Casa de la Cultura El Salvador](#).

2. Guatemala

Umwelt: Die guatemalteke Exekutive rief am 11. April aufgrund von über 40 Waldbränden sowie einem Brand in einer Mülldeponie, einen 30-tägigen landesweiten Katastrophenzustand aus. Die Brände verursachten [starke Luftverschmutzung](#) in den

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▼](#)[RSS](#)

Dollar zur Bekämpfung der Brände zu mobilisieren. Am 12. April blockierte der Kongress jedoch das Inkrafttreten des Ausnahmezustands, da die Abgeordneten der Opposition der Verwendung der Mittel durch die Exekutive misstrauten.

Neue Regierung: Die Regierung von Bernardo Arévalo ist mittlerweile seit etwas mehr als 100 Tagen an der Macht. Bei der Rechenschaftslegung über seine ersten Monate im Amt hob Arévalo seine Sicherheitspolitik hervor und behauptete, die Kriminalität um 13 Prozent gesenkt zu haben. In den ersten 100 Tagen hat seine Regierung mit der Nationalen Kommission gegen die Korruption (CNC) angefangen, gegen die Korruption vorzugehen, die bereits die Zusammenarbeit mit den Ministerien begonnen hat, um mögliche Korruptionsfälle zu untersuchen. Trotzdem bleibt das kooptierte Justizsystem weiterhin eine bedeutende Herausforderung. Darüber hinaus sind einige Wahlversprechen im Zusammenhang mit der Korruptionsbekämpfung, sowie die Schaffung neuer Antikorruptionsbehörden oder einer Anti-Korruptions-Polizei noch nicht erfüllt worden.

USA-Beziehungen: Die Generalin Laura Richardson, Chefin des US-Südkommandos, hat im April einen viertägigen Besuch in Guatemala getätigt und sich dabei mit Präsident Bernardo Arévalo getroffen. Beim Treffen haben Arévalo und Richardson über die bilaterale Zusammenarbeit im Thema Sicherheit gesprochen. Seit dem Amtsantritt der Arévalo-Regierung haben über zehn hochrangige Vertreter*innen der US-Regierung im Rahmen offizieller Dienstreisen Guatemala besucht.

3. Honduras

Interamerikanisches Menschenrechtssystem: Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte (Corte IDH) hat Anfang April den honduranischen Staat wegen der willkürlichen Entlassung von vier Richter*innen des Obersten Gerichtshofs im Fall [Gutiérrez Navas y otros vs. Honduras](#) verurteilt. Die Richter José Antonio Gutiérrez Navas, José Francisco Ruiz Gaekel und Gustavo Enrique Bustillo Palma sowie die Richterin

ein, da der honduranische Staat die Rechte auf persönliche Integrität und Dauerhaftigkeit zu öffentlichen Ämtern verletzt habe.

Gerechtigkeit: Am 12. April, dem 227. Jahrestag der Ankunft der Garífuna auf der Insel Roatán an der honduranischen Karibikküste, haben hunderte von Garífunas in Tegucigalpa demonstriert. Die Garífuna haben die Umsetzung von zwei Urteilen aus 2015 und 2023 des Interamerikanischen Gerichtshofes für Menschenrechte verlangt, die den honduranischen Staat dazu verpflichten, Land an die Garífuna zurückzugeben. Im März 2024 sollte offiziell eine Regierungskommission entstehen, die die Urteile umsetzen sollte.

Indigene Rechte: In der Region Moskitia haben die spanische Nichtregierungsorganisation Ayuda en Acción und das Schweizer Unternehmen South Pole ein Klimaschutzprojekt in einem Mangrovegebiet ins Leben gerufen. Das Projekt heißt Muskitia Pâsa Klín Nâka, was in der Miskito-Sprache "Muskitia, reines Luftlager" bedeutet. Es zielt darauf ab, über einen Zeitraum von 30 Jahren die Treibhausgasemissionen durch die Erhaltung von 275.000 Hektar Mangroven-, Tropen- und Regenwald zu reduzieren. Masta, eine der wichtigsten Miskito-Organisationen, behauptet jedoch, dass die indigene Bevölkerung vor der Durchführung des Projekts nicht konsultiert wurde. Mirna Wood, eine wichtige Miskito-Aktivistin, reichte bei der Generalstaatsanwaltschaft eine Beschwerde wegen des möglichen fehlenden Konsultationsprozesses mit den indigenen Völkern des Gebiets ein, was gegen das von Honduras unterzeichnete Übereinkommen 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verstoßen würde. [Zur Recherche von Contracorriente.](#)

4. Nicaragua

Bericht: Der Bericht "The Silencing of Democracy in Nicaragua", das Ergebnis einer Recherche von Mitgliedern des britischen Parlaments, wurde Anfang April 2024

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▾](#)[RSS](#)

zu identifizieren, die von der britischen Regierung und der allgemeinen internationalen Gemeinschaft unternommen werden können. Unter den im Bericht aufgeführten Maßnahmen nennen die Parlamentarier "die Förderung von Bemühungen zur Durchführung strafrechtlicher Ermittlungen gegen hochrangige Beamt*innen der nicaraguanischen Regierung nach dem Prinzip der universellen Gerichtsbarkeit" sowie die Prüfung der Möglichkeiten, ein Verfahren gegen Nicaragua vor dem Internationalen Gerichtshof einzuleiten.

Volkszählung: Am 30. April wird das Nationale Institut für Entwicklungsinformation (INIDE) eine Volkszählung im ganzen nicaraguanischen Territorium durchführen. Mehr als 8700 Mitarbeiter*innen wurden von der staatlichen Einrichtung eingestellt, um die Daten zu erheben. Die letzte Volkszählung fand 2005 statt, demnach wurde während der 17 Jahren Ortega-Regierung bisher keine Volkszählung durchgeführt.

Experten gehen davon aus, dass die Gültigkeit der Umfrageergebnisse fraglich sein wird, da die Nicaraguaner aufgrund des repressiven Umfelds aus Angst Informationen zurückhalten werden. Bei der Testphase des Verfahrens gingen die Datenerheber*innen in Begleitung von Polizei und Funktionären der Sandinistischen Front (FSLN) von Haus zu Haus.

Internationale Beziehungen: Nicaragua unterzeichnete am 22. April eine gemeinsame Erklärung mit Russland. Die nicaraguanische Regierung erklärte, sie solle einen Beitrag leisten, um den unilateralen Sanktionen entgegenzuwirken, die die USA sowie weitere westliche Länder wegen Menschenrechtsverletzungen und der Invasion der Ukraine auf beide Länder verhängt haben. Die gemeinsame Erklärung behauptet, die "Ablehnung der neokolonialen Praktiken des Westens und seiner Einmischung in die inneren Angelegenheiten unabhängiger Staaten" zu vertreten.

Dokumentation: Im April haben Mitglieder des Runden Tisch Zentralamerika in Berlin zwei Vorführungen des Filmes "Ein Traum von Revolution" von Petra Hoffmann veranstaltet. Der Film wird im fsk Kino in Berlin noch bis zum 5. Mai gezeigt. Weitere Termine sind auch in verschiedenen deutschen Städten geplant. Auf der Webseite von Drop-Out Cinema sind alle aktuellen Termine zu finden.

5. El Salvador

Verfassungsreform: Am 29. April 2024, hat die Partei des Präsidenten [Nuevas Ideas](#) während der letzten Plenarsitzung der Legislaturperiode 2021-2024 des Kongresses überraschend und illegal eine wichtige Reform der Verfassung verabschiedet. Die Reform des Verfassungsartikel 248 ermöglicht, dass [weitere Änderungen in der Verfassung ohne die Ratifizierung von zwei Legislaturperioden unternommen werden können](#). Der Kongress wird also nur die Stimmen von drei Vierteln der Abgeordneten, nämlich 45 von 60 Stimmen, benötigen, um eine Verfassungsreform zu beschließen und zu ratifizieren. Da [Nuevas Ideas in der kommenden Legislaturperiode 90% der Sitze kontrollieren wird](#), heißt das in der Praxis, dass die Partei des Präsidenten die Verfassung genauso wie jedes andere Gesetz jederzeit ändern kann. Diese Handlung selbst ist illegal, da nach einer legislativen Wahl über [keine Reformen dieser Art entschieden werden darf](#).

Recht auf Wasser: Die letzte Plenarsitzung des aktuellen Kongresses wäre die letzte Gelegenheit gewesen, [das Recht auf Wasser in die Verfassung von El Salvador aufzunehmen](#). Im Jahr 2020 verabschiedete die [Legislaturperiode 2018-2021 eine Verfassungsreform](#), die Artikel 2 mit der Formulierung "Jeder hat das Recht auf Leben, Wasser und sanitäre Einrichtungen" änderte. Außerdem wurde in Artikel 69 festgelegt, dass Wasser "ein öffentliches Gut" ist. Da die Reform vor dem 1. Mai von der aktuellen Legislatur ratifiziert werden musste, [beantragte die oppositionelle Abgeordnete Claudia Ortiz dafür eine Änderung in der Tagesordnung der Plenarsitzung](#). Der Vorschlag von Ortiz erhielt jedoch nur acht Stimmen und wurde von der gesamten Partei [Nuevas Ideas abgelehnt](#).

In der März-Ausgabe des Südlink von INKOTA geht es um das Menschenrecht auf Wasser. Im Heft ist [ein Artikel](#) von Lorena Valle Cuéllar, feministische Ökonomin, und Michael Krämer, Mitglied des RTZA, [über die Verbindung der Wasserproblematik mit der Geschlechtergerechtigkeit in El Salvador zu finden](#).

Justiz: Am 3. April fand die erste Anhörung im Prozess gegen fünf Umweltaktivisten der [Vereinigung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung von Santa Marta \(ADES\)](#), aus [Cabañas im Norden des Landes](#), statt. Die fünf Männer werden wegen des Mordes an

[Subscribe](#)

[Past Issues](#)

[Translate ▼](#)

[RSS](#)

Generalstaatsanwaltschaft in dieser Zeit noch immer keine Beweise für den Prozess vorgelegt hat. Die Organisation vermutet außerdem, dass der Prozess mit der Absicht der Regierung zusammenhängt, den seit 2017 verbotenen Bergbau im Land wieder zuzulassen, gegen den die Aktivisten seit Jahren kämpfen.
